

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Karin Leukefeld
30.10.2022

Abkommen zwischen Feinden -

Libanon und Israel unterzeichnen Vereinbarung zu Wirtschaftszonen im Mittelmeer

Delegationen aus Israel und Libanon haben am Donnerstag nachmittag eine Vereinbarung über die Abgrenzung der jeweiligen exklusiven Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer unterzeichnet. Die Zeremonie fand auf dem UN-Stützpunkt in Nakura, im Libanon, statt. Da Israel und der Libanon sich im Kriegszustand befinden, fand die Unterzeichnung im jeweiligen Land statt.

Vermittelt worden waren die indirekten Verhandlungen von Amos Hochstein, dem Sonderbeauftragten für Energiesicherheit im US-Außenministerium. In der Vereinbarung wird Israel das Gasfeld Karisch zur Förderung zugewiesen, dem Libanon das Gasfeld Kana.

Hochstein war mit den Dokumenten am Mittwoch abend in Beirut eingetroffen. Am Donnerstag morgen unterzeichnete dort der libanesische Präsident Michel Aoun, der seine Zustimmung zu der Vereinbarung bereits vor einer Woche erklärt hatte.

Etwa zeitgleich kam in Jerusalem das israelische Kabinett zusammen und stimmte wie erwartet der Vereinbarung ebenfalls zu. Interimsministerpräsident Jair Lapid setzte unmittelbar darauf seine Unterschrift unter das Dokument und erklärte, die Unterzeichnung des Abkommens durch den Libanon sei de facto eine Anerkennung des jüdischen Staates Israel. »Es geschieht nicht jeden Tag, dass ein verfeindeter Staat den Staat Israel anerkennt, mit einer schriftlichen Vereinbarung und vor den Augen der ganzen internationalen Gemeinschaft«, versuchte Lapid seine innenpolitischen Gegner im Wahlkampf von der Entscheidung zu überzeugen. Der Libanon hatte wiederholt erklärt, dass es sich bei der Vereinbarung um die Markierung der exklusiven maritimen Wirtschaftszonen handelt und nicht um eine Vereinbarung der internationalen Grenze.

Der Fernsehsender Al-Manar kündigte für Donnerstag nachmittag (nach jW-Redaktionsschluss) eine Rede von Hassan Nasrallah an, dem Generalsekretär der Hisbollah. Nasrallah hatte im Sommer Israel davor gewarnt, Gas aus dem Gasfeld Karisch zu pumpen, solange nicht auch der Libanon das Recht erhalte, seinerseits Gas aus dem Gasfeld Kana zu fördern. Sollte Israel dennoch mit der Förderung beginnen, würden Karisch und weitere Gasförderanlagen entlang der Küste in Flammen aufgehen.

Die Drohung hatte sowohl in Israel, als auch in Washington und Brüssel dazu beigetragen, die indirekten Verhandlungen zu beschleunigen. Auch die Not Europas und der BRD, neue Gas- und Öllieferanten zu verpflichten, um sich von Gas und Öl aus Russland »unabhängig« zu machen, trugen zu einer zügigen Vereinbarung bei. Das französische Außenministerium schaltete sich ein und sagte dem Libanon zu, dass das französische Ölundernnehmen Total unmittelbar nach der Unterzeichnung eines Abkommens die Arbeit auf den libanesischen Gasfeldern beginnen solle. Israel hatte bereits mit der BRD, Österreich und der EU Liefervereinbarungen getroffen.

In Israel war das Abkommen in die Mühlen des Wahlkampfes geraten. In den Medien hatten zahlreiche Analysten, Politiker und Militärs den Vorteil des Abkommens hervorgehoben und vor einer militärischen Konfrontation mit der Hisbollah gewarnt. Benjamin Netanjahu, der im Wahlkampf erneut für das Amt des Ministerpräsidenten kandidiert, hatte Lapid vorgeworfen, vor Nasrallah in die Knie gegangen zu sein.

Tatsächlich war die Entscheidung für die Vereinbarung schon zuvor von den USA getroffen worden. In persönlichen Telefonaten mit Lapid als auch mit dem libanesischen Präsidenten Aoun hatte US-Präsident Joseph Biden bereits Mitte Oktober persönlich das US-Interesse an der Vereinbarung unterstrichen und beiden Seiten zu dem Abkommen gratuliert.

»Langer Marsch« auf Islamabad - Gegen Sperre: Pakistans Expremier Khan mobilisiert zu neuen Massenprotesten

Von Thomas Berger

In Pakistan laufen die letzten Vorbereitungen für den »Langen Marsch« – ab diesem Freitag wollen die Anhänger des im April gestürzten Premierministers Imran Khan von der zweitgrößten Metropole Lahore in der Provinz Punjab nach Islamabad ziehen. Die Hauptstadt soll am 4. November erreicht werden.

Es geht um den zugespitzten Protest seiner Partei, der Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI), gegen ein Urteil der nationalen Wahlkommission, das Khan aufgrund von Verfehlungen von politischen Ämtern ausschließt. Sollte diese Entscheidung, die parallel auch vor Gerichten angefochten wird, Bestand haben, könnte Khan, dessen Partei erst kürzlich bei einer Nachwahl sechs von acht Mandaten holte, auch nicht bei der Neuwahl des Parlaments nächsten Mai kandidieren. Dabei will der einstige Kricketstar, der als Hoffnungsträger 2018 einen klaren Wahlsieg eingefahren hatte, eben bei dieser Gelegenheit die im April verlorene Macht zurückgewinnen. Damals hatte er sein Amt als Regierungschef durch ein parlamentarisches Misstrauensvotum verloren, nachdem sich mehrere vormalige Bündnispartner von ihm abgewendet hatten. Der Vorgang ist in der Geschichte des Landes bisher einmalig gewesen.

Der »Lange Marsch« ist nun Ausdruck der abermals aufgeheizten politischen Stimmung und tiefen Grabenbildung im Land. Pakistan leidet derzeit unter einer wirtschaftlichen Krise, hat erhebliche Auslandsschulden, und die gravierenden Schäden der nur langsam abklingenden Flutkatastrophe wurden längst nicht überwunden. Der jetzige Premier, Shehbaz Sharif, und andere Spitzenpolitiker der Regierungskoalition PDM haben die Khan-Gefolgschaft bereits vor einer Eskalation gewarnt. Die Polizei ist in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden, 13.000 Beamte mit Tränengas sind allein rund um Islamabad stationiert. Die PTI wiederum, bekunden Spitzenvertreter, wolle sich bei dem Marsch klar an alle gerichtlichen Auflagen halten.

Für Khan geht es diesmal ums Ganze. Die mächtige Wahlkommission sah es als erwiesen an, dass er zu seiner Amtszeit mehrere teure Geschenke, die er von ausländischen Staatsgästen erhalten hatte, nicht ordnungsgemäß bei der zuständigen Behörde deklariert hat. So soll pikanterweise eine noble Uhr in den Vereinigten Emiraten genau bei jenem Händler zum Verkauf angeboten worden sein, über den sie zuvor ein Prinz als Geschenk für Imran Khan erworben hatte. Weder der Rückerwerb der Geschenke zu einem Bruchteil ihres Wertes noch der Verkauf ist verboten. Aber die vorgeschriebene Deklaration hatte der Expremier versäumt, die PTI führte in der Debatte darum zuletzt »politische Geheimhaltungsgründe« ins Feld.

Shehbaz Sharif hat seinen Amtsvorgänger seit dem Urteil schon mehrfach als nunmehr »zertifizierten Dieb und Lügner« bezeichnet. Nicht vergessen werden sollte dabei: Es war sein eigener Bruder Nawaz Sharif, den der Oberste Gerichtshof 2017 wegen dessen Auftauchen in den »Panama Papers« seines Amtes enthoben hatte, später wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt und lebt heute im Londoner Exil. Gegenüber dem, was sich dessen in der Regierung tonangebende Pakistanische Muslimliga-Nawaz (PML-N) und ihr wichtigster Partner, die Volkspartei (PPP), an korrupten Praktiken geleistet haben, sind die bisherigen Skandale aus PTI-Reihen, von denen es auch sonst noch einige gibt, vergleichsweise Peanuts.